Was uns beschäftigt - was uns angeht

Öl-Unfälle wie erwartet!

Von allen Prognosen für die bei Brengenz entlang dem Bodensee verlegte Pipeline der ENI-Ölgesellschaft hat sich zwischen ersten Warnungen und fröhlichem Optimismus dies eine mit absoluter Sicherheit ergeben: daß keine Aufzählung der bisherigen Ölpannen zum Druck gehen kann, ohne daß schon wieder eine neue gemeldet wird . . . so auch laut Tagespresse bei Abschluß nachstehenden Überblicks.

Zwar bei der letzten Öllache (Stuttgarter Zeitung v. 26. 1. 1967) handle es sich um das Auslaufen von Motorenöl aus einem Schweizer Fährschiff in Friedrichshafen, und es soll gelungen sein, sie mit einem Bindemittel zu lokalisieren und abzusaugen. Daß dieser Fährverkehr immer solche Gefahren in sich barg, war von jeher mit der nötigen Vorsicht in Kauf genommen worden; der Vorfall bleibt erwähnenswert, weil der Rheinschiffahrtsverband bei seiner Propaganda zugunsten der längst als unwirtschaftlich erkannten Kanalisierung des Hochrheins die seltsam widersprüchliche Begründung gebrauchte: die Ölgefahr sei ja schon durch den Fährverkehr in den Bodensee gebracht – und in gleichem Atemzug: man sei technisch in der Lage, ihr durch Vorkehrungen auf den Schiffen vorzubeugen. Beides mag in begrenztem Rahmen hingehen – ein Trugschluß aber ist und bleibt, daß man darum ungestraft die Gefährdungsfaktoren am See häufen dürfe, sowohl durch Hereinziehen der Frachtschiffahrt wie vor allem wegen des Umschlags von der Wasserfracht zum Land mit allen ölgetriebenen Anlagen und Zubringern! Ein gleichfalls Ende Januar noch bei Hagnau/Immenstaad gemeldeter Ölfilm, „dessen Ursprung die Wasserschutzpolizei noch nicht herausfinden konnte“ (aber inzwischen wohl entdeckt hat) dürfte einem die-

ser zahllosen kleineren Faktoren zuzuschreiben sein.

Diese Tatsachen zeigen schon vor dem Kern unserer Betrachtung, wie allein durch die Abhängigkeit unserer Technik vom Öl eine ständige Gefahr besteht, die der Allgemeinheit und ihrem Staat sehr wohl bekannt ist: mit strengsten Anordnungen und schwersten Haftungsandrohungen wird darum jeder Besitzer einer Ölanlage angehalten, kostspielige Schutzvorkehrungen zu treffen – nur was von staatlicher Seite selbst an einem weit wichtigeren Punkt hingenommen wurde, bleibt weit hinter diesen Anforderungen zurück.

Als Ende 1963 die Öffentlichkeit unseres Landes durch jene Trassenführung der ENI-Pipeline überrascht wurde, haben auch unsere Heimatvereine durch ihre „Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Hochrhein und Bodensee“ ernste Warnungen erhoben, sich aber in der weiteren Folge zurückgehalten, als das bedauerliche Thema einer verspäteten und unvollständigen Orientierung zum Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung gemacht wurde. Schon damals haben wir darauf hingewiesen, daß der „Schwarze Peter“ nicht so sehr beim Lande Baden-Württemberg zu suchen sei, als beim maßgebenden Partner der italienischen Ölgesellschaft und ihrer Zweiggründung „Südpetrol“ – bei einem Bundesland, das sich mit diesem Mittel in traditionellem Selbständigkeitsstreben von der Ruhrkohle freimachen wollte. Was diese Tendenz für alle bedeutet (da wir, um bei der Binnenschiffahrt zu bleiben: „in einem Boot sitzen“) lehrt ein Blick auf das sozial und finanziell größte Sorgenpaket des Bundes und ist somit wiederum der Zuständigkeit unsres staatsbürgerlichen Zusammenschlusses entzogen,

der nur warnen, warnen, warnen kann . . .

Ebensowenig hatten wir uns in zwischenstaatliche Beziehungen einzuschalten, so enge Verbindung wir unsrerseits mit den Heimatfreunden in den Nachbarländern unterhalten. Ein Gespräch über die Möglichkeit einer andern Trassenführung der Pipeline hätte bei den vielen internationalen Begegnungen und Kommissionstagungen nicht so umgangen werden dürfen, wie es den Anschein hat; auch mutet es nicht sehr freundlich an, daß zunächst eine Pfänder-Durchtunnellung, durch die man die Pipeline hätte leiten können, als geologisch unvertretbar bezeichnet wurde, jetzt aber aus der Schublade eines anderen Ressorts ein schon seit 1960 bereitliegendes Projekt eines Straßentunnels durch den selben Berg zur Diskussion kommt.

Wir haben die berufenen Stellen darauf hingewiesen, und vertreten im Hinblick auf künftige Schadensfolgen noch heute die Auffassung, daß eine Frage wie die der Pipelinetrasse nicht Sache eines kommerziellen Abkommens, sondern des internationalen Nachbarrechts und entsprechender Schiedsverhandlungen sei; wir haben den Beteiligten dazu ein Gutachten des Feldkircher Rechtsanwalts Dr. Weiter zu dem verwandten Fall der Gefährdung Vorarlbergs durch das Heizölkraftwerk Rüthi an die Hand gegeben. Nur auf diesem Wege können die Mitbetroffenen, wie Baden-Württemberg als „Unterlieger“, auf Abhilfe dringen, auch gegenüber Gefahren, die schon weitab vom eigenen Gebiet zwischen Splügen und Bodensee aus den mehrfachen ungeschützten Leitungüberquerungen am Alpenrhein jederzeit entstehen können.

Nicht ohne Befremden sahen wir bei unsern Warnungen den Rheinschiffahrtsverband, der sich sonst mit schönen Worten zum Landschaftsschutz bekennt, im Bunde mit einem

„Sachverständigen“, der die Ölgefahr dadurch zu bagatellisieren suchte, daß man einen Ölaustritt aus der Pipeline im See auffangen könne – wie jener Löwenjäger, der die Sahara durch ein Sieb schüttet, bis die Löwen übrigbleiben... Zu solchen Versuchen, eine riesige Bedrohung zu verniedlichen, sei nur bemerkt, daß sie völlig unerprobt und sicherlich nur bei stillem See ‚in etwa‘ zu realisieren wären; aber wer den Bodensee kennt, weiß, daß er so nicht immer mittut. Die am stärksten gefährdeten Städte Lindau, Konstanz und Friedrichshafen wurden bei ihrer Verwaltungsklage nicht ohne sanfte Einwirkung der Länder, die keinen Ausweg mehr sahen, zu einem Vergleich bestimmt, bei dem die Möglichkeit der Aufbereitung ölverseuchten Wassers nach einem von Professor Sontheimer, Karlsruhe, gutachtlich erläuterten Verfahren mitsprach. Möge es stets glücken!

Wenn wir uns voll und ganz zum wirtschaftlichen Fortschritt bekennen, von dem unser Land lebt, und damit jede gesunde technische Entwicklung bejahen, so dürfen wir doch nicht weniger den Aberwitz kennzeichnen, der darin liegt, daß man, statt das Wasser als natürliches Lebenselement in Ruhe zu lassen und zu schützen, leichtfertig Gefahren heraufbeschwört, die man hinterher durch kostspielige Aufbereitungsanlagen wieder beheben muß! Wenn uns heute vorausgesagt wird, daß in den nächsten Jahrzehnten ein Gebiet weit über den Main hinaus auf Wasser aus dem Bodensee angewiesen sein wird, so muß das Markten um die Wasserentnahme, das uns heute in Tagen des Europa-Gedankens so engherzig erscheint, dereinst vom Notschrei der Bevölkerung übertönt werden, die trotz aller Mechanisierung auf das Wasser als Lebenselement angewiesen bleiben und alle anklagen wird, die derartige Gefahren heraufbeschworen haben.

Spricht so nur der Schwarzseher, Agitator und rückständige Fortschrittsgegner? Nichts von alledem – allein die Tatsachen reichen aus: Anfangs Oktober 1966 fließen bei einem Bruch

der Pipeline am Niederrhein Tausende von Litern aus und werden nur durch den Zufall aufgefangen, daß eine undurchlässige Lehmschicht das Öl wie in einer Wanne festhält. Am 11. November laufen rund zwanzigtausend Liter aus der Pipeline nach Ingolstadt bei Dürrläutungen durch menschliches Versagen aus, und noch erklärt der leitende Ingenieur der ENI: „So etwas kann uns am Bodensee nicht passieren.“ Also muß am 8. Dezember ein Ölaustritt, der erst am nächsten Tage bemerkt wird, beim Weiler Volklings im Landkreis Lindau aus einer Druckmeßzelle erfolgen, um darzutun, was es mit der ‚Registrierung jeder Tasse Öl‘ auf sich hat – und trotz der Beschönigungsversuche des Unternehmens handelt es sich um eine Menge zwischen 20 000 und 80 000 Litern!

Hier spricht keine nationalistische „Itaker“-Gegnerschaft mit, wenn daran erinnert wird, daß die Sprecher von Lindau und Konstanz schon Ende 1963 auf Unsorgfältigkeiten beim Leitungsbau hinwiesen, die man im Wörterbuch unter ‚Schlamperei‘ finden mag. Menschliches Versagen ist überall denkbar – aber man fragt sich, wie weit die deutsche Vorstellungsgabe bei der Zulassung dieses ganzen gefährlichen Unternehmens reichte, wenn *nun erst* der bayerische Innenminister durch entsprechende Auflagen verfügt, daß das Betriebspersonal der ENI und Südpetrol deutsch lernen müsse, „um Verständigungsschwierigkeiten zu vermeiden“, nämlich eben bei Alarmfällen, für die die ENI im Sommer 1966 so viel versprochen hatte. Man mag den besten Willen unterstellen – auch wenn er etwas spät kommt, denn an Warnungen hat es schon früher nicht gefehlt! – aber es *gibt* nun einmal keine absoluten Garantien, weder gegen die menschliche Unzulänglichkeit noch durch technische Vorkehrungen, mit denen man jetzt hinterherhinkt.

Die Möglichkeiten der auf dem See eingesetzten Ölauffangschiffe vom Typ ‚Libelle‘ sind nach Sachverständigenurteil begrenzt. Die Leckprüfungen der Rohrleitung durch Druckdifferenzmessung sind nur bei Stillstand der Olzufuhr möglich. – Das Mengen-Meßverfahren, von dem die Auslösung des Alarms abhängen soll, läßt immer die Frage offen, wieviel Öl austreten kann, bis der Alarm erfolgt, und das Beispiel des letzten Falls bei Lindau ist wenig beruhigend. Also darf man sich nicht so billig beschwichtigen lassen, sondern muß unentwegt bei der Forderung verharren, daß die Nähe einer so gefährlichen Ölleitung mit der Erhaltung des Trinkwasserspeichers Bodensee *unvereinbar* ist. Hier handelt es sich, wie der Deutsche Städtetag richtig erkannt hat, um das Problem der Abwägung industrieller Vorteile gegenüber Lebensinteressen der Allgemeinheit, und die Entscheidung kann auch für den nicht schwer sein, der jeden wirtschaftlichen Fortschritt bejaht. Daß auch eine entferntere Pipeline immer Risiken birgt, liegt darin, daß wir in unserm technischen Zeitalter immer ‚gefährlich leben‘ – doch es ist nicht zu verantworten, daß die Katastrophenmöglichkeiten noch zusätzlich herausgefordert und erleichtert werden. Ceterum censeo...!

Außer den laufenden Berichten der Tagespresse über die genannten Vorkommnisse wird auf die Zeitschrift „gwf“ (das Gas- und Wasserfach) v. 2. 12. 1966, auf die Intern. Bodensee-Rundschau v. 2. 1. 1967 und die laufenden Stellungnahmen der Schweizer Naturschutzfreunde in „Natur und Mensch“ (Schaffhausen) verwiesen. Zur Frage der Verölung insbes. Stuttgarter Zeitung Nr. 247 v. 26. 10. 1966 und die Veröffentlichungen der Bodensee-Institute. Die Stellungnahme des bad.-württ. Innenministeriums ist im Staatsanzeiger v. 3. 12. 1966 bekanntgegeben, über die letzten bayrischen Verlautbarungen siehe Stuttgarter Zeitung v. 26. 1. 1967 bei Abschluß dieses Beitrags. Ein Teil der deutschen Industrie hat durch einen Film von E. v. Khwon „Unser tägliches Wasser“ über das Deutsche Fernsehen (Südwestfunk) in erfreulicher Weise den Ernst der Lage bestätigt.

Wilhelm Kobibaas